

EU-Sicherheitsunion 2025

Auf österreichische Initiative wurde der „Wiener Prozess“ mit neun EU-Ratspräsidentschaften gestartet. Das erste „Multi-Presidency-Meeting“ fand am 24. und 25. Juli 2017 in Wien statt.

Wenn wir eine leistungsfähige Union in den Bereichen Sicherheit und Migration wollen, braucht es eine nachhaltige Kooperation der EU-Mitgliedstaaten“, sagte Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll) anlässlich des Mehrpräsidentschaften-Treffens am 24. und 25. Juli 2017 in Wien. Auf österreichische Initiative diskutierten dabei erstmals neun bisherige und künftige EU-Präsidentschaftsländer über eine mittelfristige EU-Sicherheitspolitik.



Multi-Presidency-Treffen im Bundesministerium für Inneres: Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus neun EU-Ländern.

Als Ziel wurde die Erarbeitung eines gemeinsamen Fahrplans zur Herausbildung einer bürgernahen, krisenfesten und zukunftsfähigen Sicherheitsunion 2025 definiert. „Damit soll eine kontinuierliche Kooperation über den jeweiligen eigenen Vorsitz und die Trio-Präsidentschaften hinaus gefördert werden“, erläuterte der Gruppenleiter.

Am Treffen nahmen hochrangige Beamte der EU-Vorsitzländer im Rat der Europäischen Union zwischen 2016 (Slowakei) und 2020 (Deutschland) teil. Vertreten waren auch die Europäische Kommission, das Generalsekretariat des Rates und der Europäische Auswärtige Dienst.

Das Treffen wurde von renommierten Experten begleitet, wie Prof. Joachim Bitterlich, dem langjährigen Berater des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl oder Dr. Peter Neumann, Terrorismus-Experte am King's College London und Sonderbeauftragter des amtierenden österreichischen Vorsitzenden der OSZE.

Fünf Schlüsselherausforderungen. In der Diskussion identifizierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fünf Schlüsselherausforderungen für eine leistungsfähige Sicherheitsunion 2025: die Herausbildung eines krisenfesten EU-Asylsystems, eines Gesamtansatzes, um Extremismus und Terrorismus



Wilhelm Sandrisser im Gespräch mit Joachim Bitterlich.

den Boden zu entziehen, die Förderung europäischer Werte, die Entwicklung eines Konzepts zur Stärkung von Freiheit und Sicherheit in der digitalen Welt sowie eine enge, proaktive Kooperation zwischen Gesellschaft und Polizei. Insgesamt müsse die europäische Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit engagierter als bisher vorangetrieben werden, befand Prof. Joachim Bitterlich. Dabei seien auch Widerstände nationaler Beamtenapparate zu überwinden. Der ehemalige Kohl-Berater trat etwa für eine Stärkung der Schengen-Kooperation, einen systematischen Informationsaustausch und ein gemeinsames EU-Identitätssystem ein. Zudem brauche es eine stärkere Vernetzung von innerer und äußerer Sicherheit.

Extremismus den Nährboden entziehen. Dr. Peter Neumann analysierte Faktoren, die zu einer Radikalisierung bei Menschen führen können. Individu-

elle Probleme würden oft spezielle emotionelle Bedürfnisse bewirken. Extremistische Ideologien, vermittelt durch charismatische Personen, würden dafür Lösungen versprechen. Nährboden für Extremismus seien dabei Ghettos, Gefängnisse, salafistisch-dschihadistische Moscheen sowie das Internet, wo extremistische Inhalte schnell große Verbreitung erreichen. Das unterstreiche den Bedarf an proaktiven, gesamtgesellschaftlichen Sicherheitskonzepten, sowohl in der realen als auch in der digitalen Welt.

Fokus auf digitale Sicherheit. Wolfgang Rosenkranz vom *Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ)* erklärte, warum bei „intelligenten“, zunehmend vernetzten Geräten lineare Cyber-Sicherheitslösungen nicht mehr ausreichen. Vielmehr seien ein ganzheitliches Konzept für die digitale Welt sowie eine enge diesbezügliche Kooperation von Staat, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft notwendig. Das neue österreichische „Wirtschaftsforum Digitale Sicherheit“ könne dabei europäischen Modellcharakter haben.

Anhand des Best-Practice-Beispiels „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ präsentierte Abteilungsleiter Mag. Manfred Zirnsack (Abteilung II/1, Organisation, Dienstbetrieb und Analyse) kooperative Sicherheitsstrategien in der österreichischen Polizei, auch mit digitalen Instrumenten. Durch ständigen Dialog und Austausch – unter anderem mithilfe der BMI-Sicherheits-App – ist es Bürgerinnen und Bürgern möglich, lokale Sicherheitslösungen gemeinsam mit Exekutivbediensteten zu gestalten.

„Wiener Prozess“. Insgesamt wollen die neun Präsidentschaftsländer ihre mittelfristige Sicherheitskooperation im Rahmen des „Wiener Prozesses“ fortsetzen. Ein weiteres Treffen, bei dem die Schlüsselthemen vertieft werden sollen, ist noch vor Ende 2017 im BMI geplant. *Florian Hahn*